

**15.01.2002 "Besondere Verdienste um die Bundeswehr erworben": Verteidigungsminister Scharping zeichnete Dr. Theo Sommer mit dem Ehrenkreuz in Gold aus**

Ansprache des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping, anlässlich der Verleihung des Ehrenkreuzes der Bundeswehr an Dr. Theo Sommer am 10. Januar 2002 in Berlin

---

Berlin - Während einer feierlichen Zeremonie im Gästekasino des Berliner Bendler-Blocks in Berlin hat Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping am 10. Januar 2002 dem ehemaligen Herausgeber der Wochenzeitung "Die Zeit", Dr. Theo Sommer, die höchste Stufe des Ehrenzeichens der Bundeswehr, das Ehrenkreuz in Gold, verliehen.

Der Geehrte hat sich nach den Worten des Verteidigungsministers als Leiter der Untersuchungsgruppe "Umgang der Bundeswehr mit Gefahrstoffen," die im Sommer 2001 ihren Bericht vorlegte, sowie mit seinem Engagement in der Kommission "Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr", seiner Mitarbeit im wissenschaftlichen Beirat für Museumsfragen und seiner journalistischen Begleitung wichtiger sicherheitspolitischer Entwicklungen besondere Verdienste um die Bundeswehr erworben.

Der Minister stellte fest, dass Dr. Sommer mit seinem sachlichen Bericht über den Umgang mit Gefahrstoffen in der Bundeswehr wesentlich dazu beitrug, grundlosen Beunruhigungen über die Gefährdung von

Soldaten der Bundeswehr durch Uranmunition und andere Stoffe den Boden zu entziehen. Er habe darüber hinaus Wege aufgezeigt, wie Radaropfern schnell und unbürokratisch geholfen werden könne. Damit habe Dr. Sommer der Bundeswehr und ihren Angehörigen einen großen Dienst erwiesen.

In der Würdigung der Verdienste Dr. Sommers um die Bundeswehr wies der Verteidigungsminister darauf hin, dass zu Beginn des vergangenen Jahres ein brisantes und die Bundeswehr aufs Äußerste beunruhigendes Thema die öffentliche Diskussion beherrschte. Nachdem am 20. Dezember 2000 die "Berliner Zeitung" unter dem Titel "Mysteriöse Todesfälle nach Kontakt mit Uranmunition" von drei nach ihrem Dienst im Kosovo gestorbenen italienischen Soldaten berichtet hatte, geriet dieses Thema wenige Tage nach Neujahr in die Schlagzeilen. Den Höhepunkt der Aufregung kennzeichneten am 8. Januar 2001 über hundert Artikel in Zeitungen und anderen Medien.

Im Ministerium hatte man sich nach Aussage von Minister Scharping über lange Jahre mit der Problematik beschäftigt und hielt die ganze Angelegenheit für maßlos übertrieben. Das hatte die unglückliche Folge, dass Reaktionen zu spät kamen, die öffentliche Aufregung eskalierte und schließlich "mit Bordmitteln" nicht mehr einzufangen war. In dieser Situation wurde ein neutraler Mittler benötigt, der in der Lage war, den Emotionen mit sachlicher Aufklärung zu begegnen und dem die Öffentlichkeit vertraute und zuhörte.

Einen solchen Mittler zu finden, so Scharping, sei nicht leicht, da er eine Reihe von Voraussetzungen erfüllen müsse. Profunde Kenntnisse der Bundeswehr seien eine der Voraussetzungen, um die Geschehnisse verstehen und aufarbeiten zu können. Darüber hinaus sei die Fähigkeit erforderlich, sich in die komplizierte Sachmaterie einzuarbeiten. Weiter müsse der Mittler eine in der Öffentlichkeit bekannte und angesehene Persönlichkeit sein, die ihren Worten Gehör zu verschaffen wisse; und schließlich müsse er oder sie bereit sein, eine schwierige und wenig populäre Aufgabe zu übernehmen. Dr. Theo Sommer hatte sich nur gut ein halbes Jahr nach Beendigung seiner Tätigkeit in der Weizsäcker-Kommission dazu bereit gefunden, eine solche Herausforderung im Dienste des Bundesministers der Verteidigung anzunehmen, dafür sei er Dr. Sommer persönlich sehr dankbar.

Kaum ein anderer habe die erforderlichen Voraussetzungen für die Lösung der schwierigen Aufgabe erfüllt wie Dr. Sommer. Er baute vor über 30 Jahren nicht nur den Planungsstab als wirksames Instrument für den Bundesminister der Verteidigung auf, vielmehr sei er der Bundeswehr über viele Jahre verbunden geblieben, unter anderem durch die Mitarbeit in zwei Strukturkommissionen. Die erste Kommission legte zu Zeiten Helmut Schmidts die Grundsätze für eine neue Wehrstruktur in den siebziger Jahren. Ende der neunziger Jahre wurde es wieder notwendig, sich über die grundsätzliche Struktur der Bundeswehr Gedanken zu machen. Dr. Sommer sei wiederum zur Mitarbeit bereit gewesen.

Der Verteidigungsminister erinnerte daran, dass neunzig Prozent der Kommissionsvorschläge aufgenommen und umgesetzt wurden. Er verwies auf den empfohlenen Aufwuchs der Einsatzkräfte, die Gliederung der Teilstreitkräfte in zwei Säulen und die Zusammenfassung vieler Unterstützungsdienste im zentralen Bereich der Streitkräftebasis. In einem wesentlichen Punkt sei die Regierung den Empfehlungen nicht gefolgt: Bei der Gestaltung der Wehrpflicht.



Während einer feierlichen Zeremonie im Gästekasino des Berliner Bendler-Blocks hat Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping (r.) dem ehemaligen Herausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“, Dr. Theo Sommer (l.), die höchste Stufe des Ehrenzeichens der Bundeswehr verliehen: das Ehrenkreuz in Gold

Minister Scharping verwies darauf, dass in der Grundaussage - Erhalt der Wehrpflicht - Übereinstimmung bestand.

Zu Recht habe die Kommission auf Unwägbarkeiten äußerer Natur hingewiesen, die trotz aller positiven Entwicklungen des letzten Jahrzehnts weiterhin bestehen. "Gegenwärtig," so heiÙe es im Bericht "kann nicht empfohlen werden, bei der Organisation der zukünftigen Bundeswehr sich der Vorteile zu begeben, die von der Wehrpflicht garantiert werden ..." Die diesem Rat innewohnende Prophetie habe der 11. September erwiesen: Insbesondere Wehrpflichtige erfüllten die vielfältigen zusätzlichen Sicherungsaufgaben für die Heimatbasen der Bundeswehr - Einsatzkräfte und der verbündeten Streitkräfte in Deutschland.

Für sein Engagement in der Kommission dankte Minister Scharping dem Geehrten, der als Historiker das Militärgeschichtliche Forschungsamt im "Erweiterten wissenschaftlichen Beirat für Museumsfragen" unterstützt und in seiner langen Tätigkeit als Journalist immer wieder die Themen Sicherheitspolitik und Streitkräfte behandelte.

Der Bitte des Ministers, die Uranproblematik aufzuarbeiten, entsprach Dr. Sommer am 18. Januar 2001 ohne Verzug. Trotz seines umfangreichen beruflichen und öffentlichen Engagements habe Dr. Sommer die Arbeit an den Themen Uranmunition, schädliche Radarstrahlung, Asbest und andere Schadstoffe umgehend aufgenommen und bereits am 2. Februar 2001 zum ersten Male mit seinen Mitarbeitern getagt. In äußerst intensiver Form wurden - auch vor Ort im Kosovo - die verschiedenen Probleme von allen Seiten beleuchtet. Der nach Abschluss der Untersuchungen vorgelegte Bericht habe der Bundeswehr - mit einer Ausnahme - Entlastung verschafft. Im Falle dieser Ausnahme, der Strahlung von Radargeräten, seien die Probleme analysiert und klare, praktikable Vorschläge für das weitere Vorgehen unterbreitet worden.

Bis März dieses Jahres werden nach Angaben des Ministers die notwendigen technischen Erkenntnisse über alle Radargeräte der Bundeswehr zusammen getragen sein. Danach werden auch die bis dahin verbliebenen Fälle zügig abgeschlossen werden können.

Dr. Sommer bedankte sich für die Auszeichnung, die er nach eigenen Worten "mit Stolz" entgegen nahm, die jedoch nicht ihm allein, sondern den vielen Mitarbeitern gelte, die an der Lösung der Probleme mitwirkten. Er dankte den zahlreichen Soldaten, die ihn als "Außenseiter" akzeptierten und unterstützten sowie den vielen Journalisten-Kollegen für die sachkundige Begleitung der geleisteten Arbeit.



Kritisch setzte sich Dr. Sommer in seinen Dankesworten mit der Umsetzung der Vorschläge der Weizsäcker-Kommission auseinander. Zwar seien vier Fünftel der unterbreiteten Vorschläge aufgegriffen worden, eine Anschubfinanzierung der Reform sei jedoch nicht erfolgt. Angesichts gewachsener weltpolitischer Bedeutung der Bundesrepublik verbiete es sich, die Bundeswehr "auf Magerkur zu setzen" und Mittel für das Auswärtige Amt ebenso wie für den Bereich der Entwicklungspolitik einzuschränken. Im Bereich der Entschädigung der Radargeschädigten sind nach Aussage von Dr. Sommer die gegebenen Empfehlungen zwar ohne Verzug umgesetzt, er frage sich jedoch, ob in jedem Fall wie angekündigt großzügig und großzügig verfahren wurde.

In beiden Feldern wird vom Ministerium nach Ansicht von Dr. Sommer Öffentlichkeitsarbeit nur in unzureichendem Maß geleistet. Zum einen vollziehe sich die Reform der Bundeswehr gleichermaßen "hinter dem Rücken der Öffentlichkeit", zum ändern sei der Öffentlichkeit in der Entschädigungsfrage durchaus nahe zu bringen, dass eine gewisse Generosität bei der Entschädigung von Radaropfern nicht gesetzeswidrig sei. Der Bundeswehr wünsche der Geehrte die Reform, die sie gebraucht und dass sie geplant und effektiv fortschreitet. Dem Ministerium empfahl Dr. Sommer, die Öffentlichkeit durch Information stärker als bisher einzubinden und sie mitzunehmen auf dem Weg der Bundeswehr in die Zukunft.

Text: Bernhard Meyer Fotos: Bernhard Meyer, Detmar Modes